

# Frei.Wild aus Echo-Musikpreis geschmissen

☒ Die Rocker von Frei.Wild werden nach einem Shitstorm der Konkurrenz von der Nominierungsliste für den Musikpreis Echo 2013 gestrichen. Man greife damit in die Diskussion um diese Nominierung ein, teilte die Deutsche Phono-Akademie am Donnerstagabend mit, nachdem sie ein paar Stunden vorher noch etwas anderes verkündet hatte. Kampf gegen Rechts!

Ein doofer linker Berliner Faschist – Antifaschist ist er keiner – wie der Politikwissenschaftler Christoph Schulze vom Berliner Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum, der von der Geschichte Südtirols keine Ahnung hat, gackert etwas zu „Zeit Online“ und schon [fliegt die Südtiroler Band gegen die bisherigen Regularien](#) der Musikindustrie aus dem Echo-Preis raus!

Deutsche Vollpfosten haben keine Ahnung, daß sich die Südtiroler gegen Hitler und Mussolini wehren mußten und da zwischen die politischen Mühlsteine gerieten. Deutsche Vollpfosten wissen auch nicht, daß man in Österreich und Südtirol durchaus das Wort „Heimat“ benutzen darf und benutzt, ohne daß jemand daran Anstoß nimmt. Es muß alles nach dem Willen der germanischen Gauleiter der politischen Korrektheit geschehen. Auszug aus dem linken [Blockwart-Lexikon Wikipedia](#):

*Der Journalist Thomas Kuban beurteilt Frei.Wild als „nationalistisch“.[10] Dem Politologen Christoph Schulze nach vertrete die Band „ultranationalistische“ politische Inhalte[15] und der Geschäftsleiter des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung, Dirk Wilking, beurteilt sie als rechtsextrem.[16] Die Band selbst bestreitet diese Vorwürfe und gibt an, keine bestimmte politische Richtung zu vertreten.[10] Allerdings genießt Frei.Wild nach Ansicht von Internetportalen wie Zeit online und publikative.org in der*

*rechtsextremen Szene große Beliebtheit, was beispielsweise durch entsprechende Kommentare in einschlägigen Foren[17] oder im Rahmen einer Web-TV-Sendung des NPD-Funktionärs Patrick Schröder[18] deutlich werde. Im Rahmen von Konzerten der Band fielen zudem hin und wieder Fans mit rechtsextremen Handlungen auf.[17]*

*Zur Kritik an der Band führten Textzeilen wie „Südtirol, du bist mein Heimatland, das Herzstück dieser Welt“ (aus dem Lied Südtirol) oder „Sprache, Brauchtum und Glaube sind Werte der Heimat, Ohne sie gehen wir unter, stirbt unser kleines Volk“ (aus dem Lied Wahre Werte).[17][18] Andere Textstellen wie „Südtirol, deinen Brüdern entrissen, schreit es hinaus, lasst es alle wissen. Südtirol, du bist noch nicht verloren. In der Hölle sollen deine Feinde schmoren“ (ebenfalls aus dem Lied Südtirol) werden ebenfalls als offen nationalistisch bezeichnet.*

Man kann nur ausspucken vor diesem roten Faschisten-Gesockse!  
Ignazio Silone (1900-1978):

**“Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus.  
Er wird sagen: Ich bin der Antifaschismus.”**

PI-Beiträge über Frei.Wild:

- » [“Frei.Wild”: Jägermeister springt als Sponsor ab](#)
- » [Neues politisch inkorrektes Album von “Frei.Wild”](#)
- » [Political correctness in Südtirol](#)

---

## **Identitären-Debatte Teil 2:**

# Was sind wir?



Über die junge Identitäre Bewegung wird auch in „unseren“ Kreisen aktuell kontrovers diskutiert, [erst gestern hier auf PI](#). Ein hauptsächlicher Kritikpunkt ist, dass die Aktivisten nicht überzeugend auf den Punkt bringen, was deutsche bzw. europäisch-abendländische Identität überhaupt ist.

*(Von Jim Panse, PI-Münster)*

Auch wenn man ein diffuses Bauchgefühl dafür hat, dass Identität etwas mit Heimat, Geschichte, Tradition und Familie zu tun hat, versäumen es die Identitären bisher, dieses griffig zu formulieren. Kann man eine deutsche Identität (Stichwort Leitkultur) überhaupt auf einen einfachen Nenner bringen?

Was ist also deutsch? Ein Beispiel ist vielleicht die Entschlossenheit zum Handeln in aussichtsloser Lage. Von den Nibelungen in Etzels Halle bis zur friedlichen Revolution in der DDR. Eine Eigenschaft, die heute nötiger wäre denn je. Und/oder ist es der Hang zur Dramatik, die grundsätzliche Herbststimmung?

Sind es die preußischen Tugenden Disziplin, Loyalität und nüchterner Fleiß? Oder sind die durch fast 70 Jahre äußeren Frieden und einen von Generationen fertig vorgefundenen Wohlstand komplett erodiert?

Was meinen die PI-Leser? Worin liegt unsere Identität, das

Eigene, das wir verteidigen wollen?

---

# Andreas Breitners rechtsgerührter Eintopf



Die Hand am politisch korrekten Rührlöffel führte gekonnt und tausendfach geübt das [Hamburger Abendblatt in seinem Interview](#) mit dem schleswig-holsteinischen Innenminister Andreas Breitner (Foto). Schon die Überschrift „Schleswig-Holsteins Innenminister Breitner über die rechtsextreme Szene und mangelnden Respekt gegenüber Polizisten im Norden“ sollte wohl den großen Aufmacher: „Die Aggressivität in der Gesellschaft steigt“ erklären.

*(Von Alster)*

Der ehemalige Polizist Breitner (SPD) äußert zu Anfang des ganzseitigen Interviews:

*Die Aggressivität nimmt anscheinend zu in unserer Gesellschaft – das stelle ich in Gesprächen mit Polizisten fest. Es ist eine bittere Erkenntnis.*

Bevor die Abendblatt-Frage: „Was tut die Polizei, um die Beamten zu schützen?“ erscheint, schieben die Journalisten in

der Print-Ausgabe gekonnt lancierend die spätere Aussage vom Innenminister ein: „Schleswig-Holstein stellt jetzt zum ersten mal ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus auf die Beine. 300.000 Euro geben wir in diesem Jahr dafür aus.“

Breitner antwortet nun auf die obige Frage:

*... mit Einsatztrainings, in denen Dinge wie Eigensicherung und Selbstverteidigung gelehrt werden... Ich meine aber auch, dass ein Ruck durch die Gesellschaft gehen muss. Wir brauchen mehr Respekt vor der Polizei – den fordere ich ein.*

Nun gibt das Abendblatt nochmal dezidiert ihre Mainstream-Richtung vor und fragt:

*Ihr Amtsvorgänger Klaus Schlie hat sich stark gegen Rechtsextremismus eingesetzt. Wo wollen Sie anknüpfen?*

Breitner:

*Klaus Schlie hat auf dem Gebiet gute Grundlagenarbeit geliefert, auf der ich aufbauen kann. Aber wir werden mehr tun als die Vorgängerregierung. Schleswig-Holstein stellt jetzt zum ersten Mal ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus auf die Beine, als Ergänzung zum schon bestehenden Bundesprogramm. 300.000 Euro geben wir in diesem Jahr dafür aus.*

*Abendblatt: Was genau ist geplant?*

*Breitner: Unter anderem haben wir vor, bis zum Sommer drei neue Beratungsstellen einzurichten... zum Beispiel an Schulen und Kitas, aber auch in Betrieben und Vereinen über Gefahren des Rechtsextremismus aufklären...*

Nun geht es im Interview zunächst um den tatsächlichen Rechtsextremismus bis zur Frage des Abendblatts:

*Sie waren Bürgermeister von Rendsburg. Haben Sie in diesem Amt Erfahrungen mit Rechtsextremismus gemacht?*

*Breitner: Ja. Die Stadt hat im Jahr 2010 genehmigt, dass ein Muezzin von den Türmen der Moschee zum Gebet rufen darf. Danach habe ich die rechte Szene ziemlich direkt zu spüren bekommen. Auf einschlägigen Webseiten wurde gegen mich gehetzt. Ich wurde als Vaterlandsverräter dargestellt, und es hieß, ich gehöre vom Koran erschlagen oder erhängt. Kurzzeitig hatte ich auch Objektschutz am Haus. Das hat mich schon geprägt. Heute ist das ausgestanden – der Muezzin ruft, die Stadt ist befriedet.*

Nun wird im Interview noch das NSU-Thema abgedeckt, und dann kommt zur Abrundung mit der letzten Frage sozusagen das Gewürz in den Eintopf:

*Wie bewerten Sie die Gefahr, die von religiösem Extremismus ausgeht?*

*Breitner: Im religiösen Extremismus geht die Gefahr vom Islamismus aus. Am gefährlichsten ist der islamistische Terrorismus. Schleswig-Holstein befindet sich, wie Deutschland insgesamt, in dessen Fokus. Der Verfassungsschutz beobachtet auch mit besonderer Aufmerksamkeit die Anhänger des Salafismus, einer rückwärtsgewandten Islam-Auslegung. Im Land gibt es etwa 200 Anhänger. Sie fallen durch Missionierungsaktionen auf und zum Teil auch durch Straßengewalt. Die ist zwar ganz klar vom Jihadismus abzugrenzen, also vom islamistischen Terrorismus – aber es besteht die Gefahr, dass sich Einzelne weiter radikalieren.*

Hier wird die ganze perfide Desinformations-Strategie der Medien sichtbar: Man vermenge eine rechtsextreme Szene mit Gewalt an der Polizei, schiebe die Zutat „Linksextremisten“ beiseite, Sorge dafür, dass die Stadt durch den Muezzin-Ruf befriedet wird, weise darauf hin, dass Gewalt und Hetze im

Internet das verhindern wollten und hänge unbedarft noch einige Ismen dran, die ganz klar vom Jihadismus, also dem islamistischen Terrorismus, abzugrenzen seien. Soviel Naivität gepaart mit Dummheit kommt den selbstzensurierten Medienvertretern gerade recht.

- » [Spiegel TV-Video über den Muezzinruf in Rendsburg](#)
  - » Kontakt zum SH-Innenminister Breitner: [minister@im.landsh.de](mailto:minister@im.landsh.de)
  - » Kontakt zum Abendblatt: [brieife@abendblatt.de](mailto:brieife@abendblatt.de)
- 

## Homo-Ehe: „Erosion tradierter Werte“

☒ Der langjährige Präsident des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof Michael Bertrams (Foto) lässt sich in keine Kategorie einordnen. Er vertritt die Auffassung, dass rechtsextremes Gedankengut nicht vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit umfasst sei und bestätigte aus diesem Grund immer wieder entsprechende Demonstrationsverbote. Und immer wieder hob das Bundesverfassungsgericht diese Urteile in Eilentscheidungen auf. Das Lob der linksextremen VVN/BdA, die ebenfalls missliebige Meinungen gerne ganz unterdrücken würde, war ihm [trotzdem sicher](#).

Andererseits [bezeichnete](#) Bertrams den Islam als „zum Teil nicht mit den Grundwerten der Verfassung vereinbar“ und [erntete](#) hierfür in islamophilen Kreisen die übliche Empörung. Auch NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) konnte für ihren verfassungswidrigen Haushalt 2010 [nicht auf einen Gesinnungsbonus](#) hoffen.

Nun hat Bertrams sich erneut zu Wort gemeldet und die sich vor dem Bundesverfassungsgericht abzeichnende Gleichstellung von

homosexuellen Partnerschaften mit der Ehe kritisiert. Durch die kürzliche Entscheidung zur Sukzessiv-Adoption habe das BVerfG „eine Erosion tradierter Werte eingeleitet“ und eine „Sogwirkung, der sich der Gesetzgeber nicht mehr entziehen kann“ geschaffen.

Die „Westfälischen Nachrichten“ [berichten](#):

*Michael Bertrams, der noch im letzten Jahr Präsident am nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof in Münster gewesen ist, wirft Karlsruhe Werte-Erosion vor. Gegenüber dem Kölner Stadtanzeiger kritisierte er die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften deutlich.*

*Karlsruhe habe sich „zum Motor eines problematischen gesellschaftlichen Wertewandels aufgeschwungen“ und leiste einer „fragwürdigen Runderneuerung gesellschaftlicher Werte“ Vorschub, so Bertrams. „Im Falle der Homo-Ehe hat das Gericht eine Erosion tradierter Werte eingeleitet, die für das Zusammenleben der großen Mehrheit der Bevölkerung nach wie vor von konstitutiver Bedeutung sind.“*

*Das Verständnis des Verfassungsgerichts von dem, was Gleichheit und Gleichbehandlung im Bereich von Ehe und Familie bedeuteten, entfalte eine „Sogwirkung, der sich der Gesetzgeber nicht mehr entziehen kann“, kritisierte Bertrams. Karlsruhe habe sich speziell in seiner Rechtsprechung zur Homo-Ehe, so jüngst mit seinem Urteil zur „Sukzessiv-Adoption“, von den Intentionen und Vorstellungen, welche die Mütter und Väter des Grundgesetzes mit dem Institut der Ehe und Familie verbunden hätten, so weit entfernt, dass es schwer falle, von einer vertretbaren Verfassungsinterpretation zu sprechen.*

*Der Gesetzgeber dürfe über die für das Institut der Ehe wesentlichen Strukturprinzipien nicht verfügen, argumentiert Bertrams. Dazu gehöre die Verschiedengeschlechtlichkeit der*



Ehepartner. „Artikel 6 des Grundgesetzes schützt die Ehe als Institut wegen der in der Ehe potenziell angelegten Elternschaft und damit wegen der Bedeutung der Ehe für Familie und Gesellschaft“, so Bertrams weiter.

Der Gesetzgeber könne sich den Anforderungen des Artikels 6 nicht dadurch entziehen, dass er die Bezeichnung „Ehe“ vermeide und stattdessen von „Lebenspartnerschaft“ spreche. Bertrams ist Ende Januar nach fast 20 Jahren an der Spitze des NRW-Verfassungsgerichtshofs in Münster in den Ruhestand getreten.

Der komplette Gastbeitrag von Bertrams im „Kölner Stadtanzeiger“ kann [hier](#) nachgelesen werden.



## Zypern und ein Bayerisches Amtsgericht



Die UNO hat wiederholt in Resolutionen darauf hingewiesen, dass die türkische Konfliktpartei in Zypern [ihre Gebietsansprüche überdehnt](#) und die Arbeit der UN

behindert. Alles Anzeichen für einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türken auf Europa vor unseren Augen! Am Amtsgericht München will man davon nichts wissen.

[Wie PI berichtete](#), hat das Bayerische Amtsgericht München am 6. Februar die Rentnerin Maria Frank wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung in öffentlicher Hauptverhandlung verwarnt und zu einer Geldstrafe unter Vorbehalt verurteilt.

Die 74-jährige Dame war mit einem Plakat gesehen worden, auf dem unter Hinweis auf die Belagerung Wiens durch osmanische Truppen im Jahr 1683 darauf hingewiesen wurde, dass auch heute anmaßende Türken Europäer bedrohen. Türkische Angriffe auf Europa. Na so was!

Der Amtsrichter Braumandl sah diese Kriegs-Bezugnahme nicht rein metaphorisch, obwohl man angesichts der U-Bahn-Schlägereien in München, die auch von türkisch-stämmigen Jugendlichen ausgelöst und betrieben worden sind, auf den Gedanken hätte kommen können.

Nein, die Rentnerin habe ernsthaft vor einem Angriffskrieg auf Europa durch die Türkei warnen wollen. Und das sei Volksverhetzung der hier lebenden Türken, die mit-gemeint seien.

Die Braumandl'sche Argumentation ist so logisch fehlerhaft und argumentativ holprig, wie es eine Argumentation allenfalls sein kann.

Natürlich sind bei einer außenpolitischen Stellungnahme, die sich mit den Anmaßungen von Erdogan und seinen Gefolgsleuten befasst, nicht die in Deutschland lebenden Türken mitgemeint, schon gar nicht alle, allenfalls wohl die, die ihm zugejubelt haben – und sind die nicht wirklich anmaßend? Ist die Wahrheit amtlich verboten, ist sie böse?

Und was die Gefahr eines Angriffskrieges auf Europa von türkischem Boden aus angeht: Der wird seit Jahrzehnten längst

geführt! Der Amtsrichter hätte einen Ortstermin in Nikosia oder Strovilia durchführen müssen, anstatt blindwütig zu verurteilen. Aber Bayerische Amtsrichter lesen anscheinend keine UNO-Resolutionen, sie lesen wohl überhaupt eher wenig. Was politisch von ihnen erwartet wird, wissen sie auch ganz ohne Bücher: Wer Türken kritisiert, ist schuldig!

---

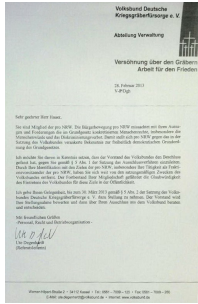
## **Volksbund will PRO NRW-Politiker ausschließen**



Gerade viele konservative und heimatverbundene Menschen engagieren sich ehrenamtlich beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Gedankt wird ihnen das nicht, im Gegenteil: Der Verband, der sich originär um die Pflege von deutschen Soldatenfriedhöfen in aller Welt kümmern sollte, befasst sich in letzter Zeit vermehrt mit dem [„Kampf gegen Rechts“](#). Aktuell will der Volksbund den stellvertretenden PRO-NRW-Vorsitzenden und Leutnant der Reserve, Kevin Hauer (Foto), ausschließen.

Als Begründung muss alleinig die Mitgliedschaft und Tätigkeit von Hauer bei der Bürgerbewegung PRO NRW erhalten. In einem Schreiben der Referatsleiterin Ute Degenhardt heißt es ohne

## Angabe näherer Gründe:



*Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass der Vorstand des Volksbundes den Beschluss gefasst hat, gegen Sie gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung das Ausschlußverfahren einzuleiten. Durch Ihre Identifikation mit den Zielen von pro NRW, insbesondere Ihre Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender, haben Sie sich weit von den satzungsgemäßen Zwecken des Volksbundes entfernt. Der Fortbestand Ihrer Mitgliedschaft gefährdet die Glaubwürdigkeit des Eintretens des Volksbundes für diese Ziele in der Öffentlichkeit“.*

Hauer, der nie mit seiner Mitgliedschaft öffentlich geworben hat, sondern lediglich als stiller Förderer des unterstützenswerten Anliegens des Verbandes agierte, will sich gegen die Gleichschaltungskampagne mit allen Mitteln wehren. In einer Presseerklärung teilt er mit:

*Mit Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, daß eine einzelne, bislang öffentlich nicht bekannte Mitgliedschaft die Glaubwürdigkeit des Volksbundes gefährden soll. Die Vorwürfe sind zudem völlig absurd! Jedes Mitglied von PRO NRW unterzeichnet bei seiner Aufnahme ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Gerade wir bekennen uns mit Leidenschaft zum Grundgesetz. Dies scheint den Damen und Herren beim Volksbund nicht bekannt zu sein.*

## Kontakt zum Volksbund:

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.  
Bundesgeschäftsstelle

Werner-Hilpert-Straße 2  
34112 Kassel  
Telefon: +49 561 7009-0  
Telefax: +49 561 7009-221  
E-Mail: [info@volksbund.de](mailto:info@volksbund.de)  
Internet: [www.volksbund.de](http://www.volksbund.de)

---

## Zweieinhalb Jahre Zschäpe-Prozeß?

Ein paar Zahlen zum Zschäpe-Prozeß, der am 17. April beginnt: Fünf Angeklagte, mehr als 60 Nebenkläger, vertreten durch fast 50 Anwälte. Zschäpe und ihre vier mutmaßlichen Helfer haben weitere zehn Anwälte. Die Anklage benannte mehr als 600 Zeugen. Bisher hat der Senat Termine bis 16 Januar 2014 reserviert. Laut OLG-Präsident Karl Huber könnte der Prozess aber weit länger dauern, möglicherweise bis zu zweieinhalb Jahre.

Für unsere Presse wären das zweieinhalb Jahre „Kampf gegen Rechts“ bis aufs Messer! Noch eine interessante Stelle aus [dem Bericht des BR](#):

*Zschäpe sei nicht direkt vor Ort beteiligt gewesen, so die Bundesanwaltschaft, sie habe jedoch die „unverzichtbare Aufgabe“ gehabt, „dem Dasein der terroristischen Vereinigung den Anschein von Normalität und Legalität zu geben“.*

Interessanter Anklagepunkt! Steht sowas im Gesetzbuch?

---

# Maria Böhmer besuchte in Mannheim „diese Menschen mit ihrer vielfältigen Kultur...



...ihrer Herzlichkeit und ihrer Lebensfreude“, die bekanntlich „eine Bereicherung für uns alle“ sind. Mannheim hat vermutlich die höchste Zigeunerdichte unter den deutschen Großstädten, aber das ficht die migrationsbesoffene Böhmer nicht an. Sie gab dem Ortsblatt ein Interview.

Auszug [Mannheimer Morgen](#):

***Sind Sie sich sicher, dass die Zuwanderer überhaupt an Integration interessiert sind?***

*Böhmer: Natürlich. Das sind keine Menschen, die sich auf unsere Kosten ausruhen wollen. Wenn jemand Kapital aus der Armutszuwanderung schlägt, dann sind es die skrupellosen Schlepper, Miethaie und Organisatoren des Arbeiterstrichs.*

***Viele Armutszuwanderer sind angeblich Roma. Stößt da die Integration nicht an ihre Grenzen?***

*Böhmer: Die Behauptung Armutszuwanderer gleich Roma ist*

*falsch. Nur ein geringer Teil der Zuwanderer gehört tatsächlich zu den Roma. Ich kann jedenfalls nicht erkennen, dass sie integrationsunwillig sind. Hier werden einfach billige Klischees bedient, und das ist nicht vertretbar.*

Auch die [FAZ widmet sich](#) politikkorrekt vernebelt der Mannheimer Situation. FAZ-Leser Roland Adler kommentiert treffend:

*Türkischstämmige Einwanderer aus Bulgarien, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, kommen nach D. Suggestiert wird, dass die Mehrheit „verwertbare Qualifikationen“ hätte, 20% angeblich einen Hochschulabschluss, 40% einen brauchbaren Berufsabschluss. Nicht erläutert wird, welche dieser Abschlüsse hier nicht anerkannt sind/werden. Bulgarien bräuchte diese Leute selbst oder warum wandern sie nicht in die Türkei aus, das boomende Land, in dem sie, weil sie dort ihre Sprache sprechen und sofort im florierenden Arbeitsmarkt Fuß fassen könnten. Weshalb also (Nazi-)Deutschland, das ja lt. Herrn Kolat ein Land voller Rassisten ist?*

*Und Böhmer fährt in der Limousine vor, um sich einen Armutseindruck zu verschaffen, wie das breit angelegte Sozialexperiment, die größte Völkerwanderung in Europa, mit noch mehr Forschungsprojekten und dem Versenken von Steuergeldern begleitet werden kann. Dass sie, aus der Provinz stammend, daran einmal mitwirken darf, übertrifft sicher ihre kühnsten Träume.*

Heute treffen sich die EU-Minister wegen Bulgarien und Rumänien, Neukölln läßt [auf Staatskosten impfen](#), und hier noch [eine Fahndung aus dem Kreis](#) Warendorf!



# FDP-Krönauer: „München ist bunt“

✘ Manfred Krönauer ist Bundestagskandidat der FDP, stellvertretender Vorsitzender München-Ost, Ortsvorsitzender in Bogenhausen und nebenberuflich als selbständiger Steuerberater im Glockenbachviertel tätig. Warum ausgerechnet dort? Münchner ahnen warum: Dort ist die bayerische Landeshauptstadt besonders rosa „bunt“. Der Mann aus dem niederbayerischen Zwiesel hätte bei den Betroffenheits-Demos besser auf die Plakate der „München ist bunt“-Aktion achten sollen, dann hätte sich ein solch peinlicher Rechtschreibfehler nicht auf seiner Homepage eingeschlichen, wo er DIE FREIHEIT attackiert und Imam Idriz über den grünen Klee lobt.

*(Von Michael Stürzenberger)*

Gerade im Glockenbachviertel häufen sich die Übergriffe von Moslems auf Homosexuelle, wovon ich mich bei einem Besuch im April 2011 [beim Gastwirt der „Deutschen Eiche“](#) auch überzeugen konnte. Krönauer ignoriert dies wie so vieles andere, was das frisierte Islambild der Appeaser ankratzen könnte. Er ist einer dieser unwissenden Gutmenschenpolitiker in München, die sich gerade zu einem [überparteilichen Bündnis](#) zusammengeschlossen haben, um gegen das Bürgerbegehren der FREIHEIT zu agitieren. Ausgerechnet einer, der in seinen politischen Schwerpunkten „Bürgerrechte“ angibt. Die gelten offensichtlich nicht für Bürger, die sich Sorgen wegen eines terrorunterstützenden arabischen Staates machen, der einem verfassungsschutzbekannten Imam ein riesiges Islamzentrum mitten in München finanzieren möchte.

Bei Krönauer ist zu lesen, dass sich die gesamte FDP München gegen die Partei „Die Freiheit“ wendet und „zu mehr Toleranz“ aufruft (Rechtschreibfehler wurden übernommen):



*Die Partei „Die Freiheit“ missachtet erkennbar unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, indem sie beispielsweise das Grund- und Menschenrecht auf freie Ausübung der Religion in Deutschland nicht allen hier lebenden Menschen zubilligt. Das zeigt sich ganz deutlich in ihrer ablehnenden Haltung dem Islam und Ausländern gegenüber. Sie beschwört eine drohenden sozialen Abstieg der deutschen Bevölkerung und eine permanente Bedrohung durch Kriminalität und Terrorismus sowie Überfremdung. Diese Gruppierung versteckt ihre rechtspopulistische Ansichten hinter einer vermeintlich freiheitlichen Fassade und schürt Ängste in der Bevölkerung. Ihre Nähe zu Rechtspopulisten aus dem Ausland, z. B. zu Geert Wilders oder Oskar Freysinger und der Internetplattform „Politically Incorrect“ zeigen deutlich, welchem Spektrum die Mitglieder zuzuordnen sind. Heute steht die liberale, weltoffene Münchner Bürgergesellschaft auf und zeigt Flagge gegen diesen braunen Spuk.*

„Brauner Spuk“, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Geert Wilders, der in den Niederlanden momentan [in Umfragen auf Platz 1](#) liegt, Oskar Freysinger, der gerade im schweizerischen Wallis einen [fulminanten kantonalen Wahlsieg](#) errang und der erfolgreichste deutsche Internet-Politblog Politically Incorrect sind über die infamen und dummen Anschuldigungen dieses völlig ahnungslosen Gutmensch-Wirrkopfes völlig erhaben.

Krönauer offenbart im Weiteren seine fundamentale Unkenntnis über Imam Idriz, die Islamische Gemeinde Penzberg, das Projekt ZIEM und den Islam (Rechtschreibfehler wurden auch hier übernommen):

*Wir wollen eine freie und tolerante Gesellschaft hier in München und eine Willkommenskultur befördern. Wir als Vertreter von demokratischen Parteien und Organisationen sind aufgerufen, die Münchner Bürgerschaft aufzuklären und deutlich zu machen, welche gefährliche Ideologie,*

*diskriminierende Ansichten und menschenverachtende Motive sich hinter dieser Partei verbergen. München ist bund und, und das soll auch so bleiben. Machen Sie mit und stehen Sie auf gegen die Partei „Die Freiheit“ für ein gemeinsames Miteinander und Zivilcourage!*

*Ich empfehle uns allen aufeinander zuzugehen und empfehle, die Islamische Gemeinde in Penzberg und Herrn Idriz zu besuchen – es ist eine Reise wert.*

Bei dieser wunderbaren Reise muss der Herr Krönauer aber aufpassen, dass er nicht in den Fokus des Verfassungsschutzes gerät, denn der dürfte weiterhin ein sorgsames Auge auf den vermeintlichen Saubermann Idriz haben, der lediglich seit geraumer Zeit Kreide gefressen hat und Telefonate mit den verfassungsfeindlichen Muslimbrüdern sowie Milli Görüs vermeidet, um nicht mehr offiziell im Bayerischen Verfassungsschutzbericht aufzutauchen. Aber aus Verfassungsschutzkreisen ist vernehmbar, dass dieser Imam sogar [Kontakte zu einer bosnischen Terrorgruppe](#) haben und dessen Bruder im Krieg zwischen albanisch-muslimischen und autochthonen Mazedoniern beim [unsachgemäßen Herausholen von Sprengstoff](#) aus einer Mine ums Leben gekommen sein soll.

Hier der Screenshot dieser hirnrissigen Internetbotschaft von FDP-Krönauer:



Krönauer befindet sich als FDPLer im besten Kreise unkritischer Islamunterstützer. Der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Hildebrecht Braun ist Anwalt von Idriz und seiner Islamischen Gemeinde Penzberg. Hier sehen wir ihn am 7. Februar in bester mohammedanischer Gesellschaft bei der Buchpräsentation des Märchenbuches aus 1001er Nacht von Stefan Jakob Wimmer „München und der Orient“:



Unvergessen, wie Braun im April des vergangenen Jahres bei der Chefredaktion der Stuttgarter Nachrichten telefonisch [mit juristischen Konsequenzen drohte](#), falls der Idriz-kritische Artikel „Der dunkle Leuchtturm“ veröffentlicht wird.



Ebenfalls weitestgehend islamunkritisch ist die Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, mit der sich Krönauer offensichtlich gut zu verstehen scheint. Ich traf sie am 13. November 2010 bei einer [Islam-Veranstaltung im Gymnasium Geretsried](#) und klärte sie zehn Minuten lang über alle bedrohlichen Fakten rund um Imam Idriz auf.



Sie hörte sich alles an, steckte die Unterlagen in ihre Handtasche und meinte, dass man da also nicht alles so glauben dürfe, was einem vom muslimischer Seite so gesagt werde.



Aber die Bundesjustizministerin hat bis heute keine kritische Bemerkung über Imam Idriz von sich gegeben, ganz im Gegenteil. Dieser Lügen-Imam wird weiterhin über den grünen Klee gelobt und hofiert, als wenn er der moslemische Messias wäre. Wie man nur die erdrückende Faktenlage über den fundamentalistischen Sumpf, in dem Idriz bis zur Halskrause steckt, derart ignorieren kann, wird einmal als absurder Treppenwitz in die Geschichte eingehen.

Die FDP strengt sich nach Kräften an, die SPD, Grünen, Linken, CSU, CDU und Piraten mit ihrem Islam-Appeasement sowie ihrer Pervertierung des „Kampfes gegen Rechts“ zu überholen. Auf diese Weise wird diese Partei über kurz oder lang auf dem Schuttplatz der Geschichte landen. Und keiner wird ihr eine Träne nachweinen.

Kontakt zu Manfred Krönauer:

» [info@manfred-kroenauer.de](mailto:info@manfred-kroenauer.de)

und zur FDP Bayern:

» [mail@fdp-bayern.de](mailto:mail@fdp-bayern.de)

---

# EUDSSR klaut Microsoft 561 Millionen Euro



Wegen „unlauterer Geschäftspraktiken“ hat die EU-Kommission eine Geldbuße in Höhe von 561 Millionen Euro gegen Microsoft verhängt. Der Konzern habe versäumt, den Nutzern des Betriebssystems Windows 7 neben dem Internet Explorer verschiedene Browser von Konkurrenten anzubieten. Seit wann muß ein Unternehmen Produkte der Konkurrenz anbieten?

Nicht einmal [die linken SPIEGEL-Leser finden](#) das Urteil korrekt. Wer zu blöd ist, selbst einen alternativen Browser wie Firefox oder Opera zu installieren, soll eben mit dem Explorer surfen. Hier geht es einzig und allein um Abzocke. Dies ist nicht der erste Fall, wo die EUDSSR schlicht und einfach Banken und Firmen Geld stiehlt, um die eigenen Koffer zu füllen. Bezahlen tun das jetzt die Kunden von Microsoft, und eine Retourkutsche der US-Behörden gegen europäische Firmen wird nicht lange auf sich warten lassen. Auch dies zu unserem Nachteil! Die undemokratische EU gehört entmachtet.



---

# Bei Wulff geht es noch um 400 Euro



Wir haben es schon einmal geschrieben und [wiederholen es gerne](#): Gegen den ehemaligen Bundespräsidenten Wulff ermitteln seit einem Jahr 24 Beamte des niedersächsischen Landeskriminalamts (LKA) und ein durchgeknallter Oberstaatsanwalt namens Clemens Eimterbäumer. Das ist neben einer einmaligen Verschwendung von Steuergeldern eine Frechheit sondergleichen und mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Jetzt kommt der „Chefermittler“ der Süddeutschen, Hans Leyendecker, genau zum selben Schluß! Es geht noch um 400 Euro!

## [Wir zitieren:](#)

*Im Verfahren mit dem Aktenzeichen 4212 Js 1284/12 haben gut zwanzig Ermittler mehr als ein Jahr lang jeden Stein umgedreht. Sie haben etwa hundert Zeugen vernommen, darunter Leibwächter, Nachtportiers, Kindermädchen, Kellner und die Kosmetikerin von Bettina Wulff. Sie haben fast vierzig Telefonanschlüsse überprüft und drei ausländische Staaten um Rechtshilfe gebeten.*

*Das Ergebnis all der Mühe in den Verfahren gegen Christian Wulff, seinen früheren Vertrauten Olaf Glaeseker, den*

*Filmproduzenten David Groenewold und den Party-Manager Manfred Schmidt füllt mehr als 20 000 Blatt. So aufwendig wird in Deutschland manchmal nicht mal gegen die Mafia ermittelt.*

*Im Fall des früheren Bundespräsidenten Christian Wulff geht es am Ende um 400 Euro, die Groenewold für Wulff am 28. September 2008 gegen elf Uhr morgens im Münchner Hotel „Bayerischer Hof“ übernommen hat. Wulff bestreitet, davon gewusst zu haben und Groenewold hat jüngst in einer Erklärung diese Version seines Freundes bestätigt.*

*Die Strafverfolger sind skeptisch. Aber trauen sie sich wirklich, wegen 400 Euro, die sie noch im Feuer sehen, Wulff und Groenewold anzuklagen? Würde eine Strafkammer ein solches Verfahren eröffnen? Wie wird am Ende die Staatsanwaltschaft dastehen?*

Deutschland macht sich mit solchen Verfahren nur lächerlich. Französische Präsidenten wie Chirac haben allein in ihrer Gourmet-Küche Tausende von Euros pro Tag vervespert, was keinen Franzosen aufgeregt hat. Und hier wird wegen läppischen 400 Euro untersucht bei einem Mann, der 20.000 Euro im Monat verdient.

Und auch die Wulff-Gegner hier, die ihn wegen seiner Islam-Schleimerei nicht leiden können, sollten nicht das Recht verdrehen, um ihre primitiven Rachegeleüste auszuleben. Wulff gehört rehabilitiert und der durchgeknallte Jung-Staatsanwalt in den Aktenkeller zum Staub wischen! Eine solche Pipifax-Justiz, die andererseits unfähig ist, migrantische Totschläger und Mörder zu verfolgen und zu bestrafen, brauchen wir nicht.